

Region

«Wir Hauseigentümer werden entmündigt»

Zoff um Arlesheimer Ortskern Die Gemeinde will weitere Gebäude im Zentrum unter Schutz stellen. Dabei gibt es Kritik aus der Bevölkerung – einige Bürger drohen bereits mit dem Gang vors Bundesgericht.

Benjamin Wirth

Vielleicht war dem Arlesheimer Gemeinderat nicht ganz bewusst, auf was er sich einlässt. In den kommenden Monaten möchte er den Quartierplan «Ortskern» vollkommen revidieren und in einen Teilzonenplan überführen. Dadurch soll unter anderem «eine langfristige Planungssicherheit geschaffen werden, um die architektonische Qualität bei künftigen Um- und Neubauten sicherzustellen», erklärte Felix Berchten (Frischluff), Gemeinderat und zuständig für nachhaltigen Wohnungsbau, am Mittwochabend bei einem Austausch mit der Bevölkerung.

Die Behörden öffnen damit ein Dossier, das die Wogen hochgehen lässt: Dutzende Liegenschaften würden mit der Einführung des Teilzonenplans zusätzlich unter Schutz gestellt. Viele betroffene Grundeigentümer befürchten daher, dass sie die Entscheidungsfreiheit bei baurechtlichen Massnahmen verlieren.

Gutachten sorgt für Aufsehen

Der aktuelle Quartierplan wurde in den 70er-Jahren konstruiert und hat bis heute seine Gültigkeit. «Er ist veraltet und starr», kritisierte Berchten. Die Gemeinde habe damit nur wenig Bewegungsfreiheit. «Einsprachen bremsen neue Vorhaben etwa um Jahre aus. Es wäre jetzt wichtig, dies zu ändern, sodass sich der Ortskern über die Jahre dynamisch weiterentwickeln kann.» Die Kritiker entgegneten: «Was 40 Jahre gut funktioniert hat, wird es auch weiter tun.»

Zu reden gab am Mittwochabend vor allem ein Gutachten, das die Gemeinde als Grundlage für die Gesamtrevision aufgegeben hatte. Doris Huggel, Präsidentin der Stiftung für Baselbieter Baukultur und ehemalige Mitarbeiterin des Heimatschutzes, wurde beauftragt, alle Ge-



Im Arlesheimer Ortskern will der Gemeinderat «langfristige Planungssicherheit» schaffen. Foto: Kostas Maros

bäude im Ortskern auf deren Schutzwürdigkeit zu überprüfen – nicht behandelt wurden die Bauten, die bereits kantonal geschützt sind.

Diesbezüglich erzürnte viele Bürgerinnen und Bürger, dass Huggel nach ihrer Einschätzung einen beachtlichen Teil der sogenannten erhaltenswerten Gebäude gänzlich unter Schutz stellen wollte. Ein Grossteil der Anwesenden rückte sie dabei in eine zu grosse Nähe zu ihrem alten

Arbeitgeber, dem Heimatschutz. «So werden wir völlig entmündigt», sagte ein Hausbesitzer und erntete daraufhin Applaus. «Bei allem, was wir tun würden, hätten wir den Heimatschutz am Hals. Ich verstehe nicht, weshalb das riskiert wird.» Weiter kritisierten einige Grundeigentümer das «unsorgfältige und unsachliche» Vorgehen der Gutachterin.

Anschließend richtete sich eine Landwirtin an den Gemeinderat: «Es ist so traurig, ich habe

genug von euch. Ab jetzt schalte ich einen Anwalt ein.» Die Frau würde bis vors Bundesgericht gehen, um ihre Anliegen durchzubringen. Viele der rund 30 Besucher pflichten auch ihr bei.

Aufeinander zugehen

Nach der rund zweistündigen Diskussion, in der Berchten und seine Kollegen geduldig alle Fragen beantwortet hatten, räumte er ein: «Wir wissen, dass das Thema die Menschen bewegt.»

Eine «vollständige Entmündigung» sei der Teilzonenplan jedoch nicht. «Wir hätten damit viel bessere Voraussetzungen als jetzt.»

Zurzeit befinde man sich auf einer abstrakten Ebene, in der es schwierig sei, Details zu besprechen. Dennoch sei es wichtig, aufeinander zuzugehen. «Wir sind bereit, Fehler einzugestehen und diese zu verbessern. Genau in dieser Phase stecken wir», sagte Berchten. Gleichzeitig erwarte der

Gemeinderat von der Bevölkerung eine kooperative Mitarbeit.

Die kantonalen Vertreter der Bau- und Umweltschutzdirektion in Liestal besprechen momentan das Projekt – diese Haltung steht noch aus. In Arlesheim kann die Bevölkerung in den nächsten Wochen ihre Änderungswünsche vorbringen. Im September soll die Gemeindeversammlung dann über die Vorlage abstimmen. Ob bis dahin alle Zweifel beseitigt sind?

Thüring direkt

Frivoler links-grüner Autohass

In Regierung und Parlament werden allerlei neue Ideen gesponnen – mit nur einem Ziel: Das Auto muss Basel verlassen.

Man muss keine grossen Kenntnisse über die politischen Verhältnisse unserer Stadt haben, um festzustellen, dass Autofahrende hier nicht willkommen sind. Dabei sind nicht nur die Autos von Besuchenden und Gewerbetreibenden für die links-grünen Vertreter von SP, Grünen und GLP störend, sondern selbstredend auch die Autos der Anwohnenden.

Um den frivolen Autohass ausleben zu können, werden allerlei neue Ideen in Regierung und Parlament gesponnen, die nur ein Ziel haben: Das Automobil muss die Stadt verlassen! Dafür müssen auch tragische Verkehrsunfälle mit Todesfolge hinhalten, bei welchen im Anschluss gerichtlich festgehalten wird, dass ein eigenverantwortlicher Fehler des Velofahrenden zum Unglück führte. Trotz-

dem werden, auch mit Verweis auf dieses Unglück, Hunderte Parkplätze vernichtet, welche für Anwohnende und das Gewerbe essenziell sind.

Doch es geht frivol weiter. So wurde kürzlich vom Präsidenten der Verkehrskommission, Raphael Fuhrer von den Grünen, ein Vorstoss eingereicht, welcher auf allen Strassen unseres Kantons Tempo 30 einfordert. Einige wenige Ausnahmen sind allenfalls noch möglich. Der Vorstoss hat im Grossen Rat gute Chancen. Ein Links-Bündnis aus SP, Grünen und GLP hat den Vorstoss unterzeichnet.

Dabei gibt es Studien, die belegen, dass Tempo 30 keinesfalls umweltfreundlich, dafür aber gesundheitsschädlich ist. So führt Tempo 30 häufiger zu

Brems- und Beschleunigungsphasen. Daraus resultieren nicht nur negative Effekte für die Lärmreduktion, sondern es erhöht auch den Benzinverbrauch. Dies insbesondere, weil konstante Fahrten bei uns kaum möglich sind und es zu Abbremsungen und anschließender Beschleunigung kommt.

Für Rettungsorganisationen, aber auch für den öffentlichen Verkehr wären die Einführung von Tempo 30 und die vorgesehene Reduktion von Fahrspuren verheerend. Wenn künftig Rettungswagen wegen Tempo 30 nicht mehr rechtzeitig an den Einsatzort gelangen können, sind Menschenleben in akuter Gefahr.

Doch nicht nur Vertreter im Parlament suhlen sich in frivolen Autoverdrängungsideen.

Auch das links-grün geführte Bau- und Verkehrsdepartement um Esther Keller hegt zweifelhafte Ideen. So wird in der Mobilitätsstrategie die Idee eines Roadpricing erläutert: Wer mit dem Auto auf das städtische Strassennetz einfährt, muss eine Gebühr bezahlen. Zu Stosszeiten, also dann, wenn es Pendelverkehr gibt, sollen die Gebühren sogar erhöht sein.

Mit dieser Idee, sie heisst «Basel Flow-Taxe», werden jene Basler zur Kasse gebeten, die auf das Auto angewiesen sind. Schichtarbeitende beispielsweise, die um 4 Uhr morgens in Stein AG ihre Arbeit beginnen müssen und keines dieser platzraubenden «Kistenvelos» dafür verwenden können. Gerade Geringverdienende und der Mittelstand werden mit

solchen neuen Steuern geschröpft. Kein Wunder, dass selbst meine Kolumnistenkollegin, Juso-Präsidentin Ronja Jansen, gegen diesen mittelalterlichen Wegzoll ist.

Wie weltfremd die Idee ist, zeigt sich beim Nachdenken: Künftig müssten Eltern aus Allschwil, welche ihr Kind notfallmässig in das gemeinsame Kinderspital fahren, eine Einreisegebühr bezahlen. Es gibt kaum einen unpassenderen Kanton für ein solches Projekt als den unsrigen. Im Dreiland, direkt und indirekt angrenzend an drei Kantone, würde die Umsetzung massiven Aufwand und massive Kosten verursachen. Oder will Esther Keller, wie einst die DDR-Staatsführung, eine Mauer errichten? Stehen demnächst Ordnungshüter an

den vielen Nebenstrassen in Birsfelden, Allschwil oder Muttenz, um von den nach Basel einfahrenden Personen eine Gebühr einzuziehen und so kilometerlangen, klima- und gesundheitsschädlichen Stau zu produzieren?

Es wäre angebracht, wenn sich die links-grünen Parteien wieder in Vernunft üben und ihre Mehrheit im Grossen Rat nicht dafür missbrauchen, ihre frivolen Autoverdrängungsideen durchzuboxen. Verlierer dieser Politik sind, einmal mehr, der Mittelstand und unser Gewerbe.



Joël Thüring
Grossrat SVP
Basel-Stadt und
BaZ-Kolumnist